



**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Zetsche

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 0106/6**

Beratungsfolge:

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> |
|--------------|----------------|
| BVV          |                |

**Kein kommerzieller Stadionneubau im Olympiapark!**

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Inneres, Digitales und Sport gegen Pläne für einen kommerziellen Stadionneubau auf dem Gelände des gesamten Olympiaparks auszusprechen. Entsprechend BVV-Beschluss [0846/5](#) möge sich das Bezirksamt für den konsequenten Erhalt der denkmalgeschützten Sport-, Grün- und Gartenflächen einsetzen.

Entsprechend BVV-Beschluss 0846/5 soll sich das Bezirksamt weiterhin bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, an laufenden oder zukünftigen Gesprächen von Herttha BSC, der Fan-Initiative „Blau-Weißes Stadion“ und der Senatsverwaltung beteiligt zu sein. Die BVV, bzw. der Schul- und Sportausschuss, sollen über alle Vorgänge monatlich und unaufgefordert informiert werden.

Das Bezirksamt setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass an allen Entscheidungen zu etwaigen Ausweichflächen im Bezirk, die zur Diskussion stehen sollten, entsprechend BVV-Beschluss 0846/5 alle betroffenen Sportvereine, und andere betroffene Institutionen sowie die Anwohner:innen zu beteiligen sind.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2022 zu berichten.

**Begründung:**

Im Olympiapark existiert bereits ein Stadion. Der kommerzielle Neubau einer abschließlichen Fußballarena in direkter Nachbarschaft ist sowohl aus Gründen des Denkmal- als auch des Umwelt- und Klimaschutzes abzulehnen. Maifeld und Maifeldtribüne stehen als Erinnerung an die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus unter Denkmalschutz. Die wesentlichen Aspekte der Ideologie sollten beim Bau der Anlage ab 1934 ablesbar sein. Diese Stätte der Mahnung an die Verbrechen der deutschen Geschichte muss unbedingt erhalten bleiben.

Darüber stellt der Bau eines weiteren Stadions für bis zu 45.000 Besucher:innen in direkter Nachbarschaft des Olympiastadions eine großen Belastung für Umwelt und Klima sowie den Naherholungswert der gesamten Anlage dar. Ein Stadionneubau würde die Versiegelung einer riesigen Fläche sowie das Ende zahlreicher Sport- und Erholungsflächen bedeuten. Der Olympiapark ist jedoch als Naherholungsgebiet, als historisches Denkmal sowie als Sportstätte für eine Vielzahl von Vereinen zu erhalten und darf nicht für die kommerziellen Interessen eines einzigen Fußballvereins nachhaltig und auf Kosten der Stadtgesellschaft verändert werden.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion DIE LINKE  
Schenker/Juckel

|          |
|----------|
| TOP-Nr.: |
|----------|

**Antrag****DS-Nr: 1202/5**

Beratungsfolge:

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> |
|--------------|----------------|
| BVV          |                |

**Mieter\*innen vor Verdrängung schützen – Genehmigungsvorbehalt für Aufzüge und Balkone**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, den Anbau von Balkonen und den Ein- und Anbau von Aufzügen innerhalb sozialer Erhaltungsgebiete unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen. Die Genehmigungskriterien des Bezirksamtes sind dahingehend zu verändern.

Der BVV ist bis zum 30.09.2019 zu berichten.

Begründung:

Bisher stellt nur der Bezirk Mitte den Anbau von Balkonen und den Einbau von Aufzügen unter Genehmigungsvorbehalt. Häufig führen neue Balkone oder Aufzüge als Modernisierungsmaßnahmen zu einer Steigerung der Miete und zu Verdrängung. Das Bezirksamt sollte deshalb im Einzelfall anhand von städtebaulichen Kriterien entscheiden, welche Aufzüge und Balkone genehmigt werden müssen.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Wapler/Kaas Elias

|          |
|----------|
| TOP-Nr.: |
|----------|

**Antrag****DS-Nr: 1885/5**

Beratungsfolge:

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> |
|--------------|----------------|
|--------------|----------------|

BVV

**Bürger\*innenbeteiligung weiterentwickeln**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, für die Bürger\*innenbeteiligung im Rahmen der „Charta City West 2040“ ein Konzept zu entwickeln, das über die bisherigen Instrumente einer Einwohnerversammlung und Anwohnerinformation hinaus geht und integriert angewandt werden kann. Dabei sollen auch Methoden eingesetzt werden, mit denen zufällig ausgewählte Bürger\*innen aus dem jeweils betroffenen Gebiet zu einem Thema oder Projekt zusammengebracht werden, um die verschiedenen Aspekte von unterschiedlichen Anwohner\*innen zusammenzuführen und diese zu einer gemeinsamen Positionierung zu bringen. Dabei soll die Vielfältigkeit der Gesellschaft in Charlottenburg-Wilmersdorf berücksichtigt werden. Dieses Prinzip kann auch bei zukünftigen Bürgerbeteiligungen angewandt werden.

Der BVV ist bis zum 30.06.2021 zu berichten.

**Begründung**

Mit per Los ausgewählten Bürger\*innen kann die Vielfalt in einem Kiez eher abgebildet werden. In Irland wurden damit auf nationaler Ebene dort kontroverse Themen beraten werden (<https://www.mehr-demokratie.de/news/voll/auf-den-spuren-eines-demokratie-experiments>). Mit zufällig ausgelosten Bürger\*innen eines Kiezes besteht eher die Chance, Menschen aus Gruppen an Projekten und Themen im Kiez zu beteiligen, die sich sonst weniger beteiligen. Damit kann das Bild der Bürgerbeteiligung besser abgerundet werden.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion DIE LINKE  
Juckel/Schenker

|                 |
|-----------------|
| <b>TOP-Nr.:</b> |
|-----------------|

**Antrag****DS-Nr: 1894/5**

Beratungsfolge:

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> |
|--------------|----------------|
| BVV          |                |

**Sozialwohnungen bauen und erhalten**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Plan für den Bau und den Erhalt von Sozialwohnungen im Bezirk zu entwickeln. Der Plan soll u.a. folgende Maßnahmen beinhalten:

- Das Bezirksamt soll darauf hinwirken, dass das Berliner Modell der Kooperativen Baulandentwicklung einheitlich für Berlin dahingehend geändert wird, dass für die Erteilung von Baurecht die Schaffung von 50 Prozent Sozialwohnungen vorausgesetzt wird.
- Als Voraussetzung für die Erteilung von Befreiungen und Abweichungen vom Baunutzungsplan muss der Bezirk eine verbindliche Quote von mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen festsetzen.
- In geplanten Baugebieten mit Nachverdichtungspotential soll das Bezirksamt, wenn möglich, Bebauungspläne aufstellen, um das Berliner Modell zur Anwendung zu bringen.
- Neubauprojekte, bei denen eine hohe Anzahl von Sozialwohnungen entsteht, müssen prioritär vom Stadtplanungsamt bearbeitet und möglichst zügig zum Abschluss gebracht werden.
- Das Bezirksamt soll einen Runden Tisch mit Vertreter:innen von landeseigenen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und privaten Wohnungsunternehmen einberufen, um mit diesen eine Bestandserweiterung im geförderten Segment zu beraten.
- Für Neubaupotentialflächen im Bezirk, wie eingeschossige Einzelhandelsflächen, soll ein möglichst hoher Anteil an Sozialwohnungen von mindestens 50 Prozent angestrebt werden.
- Das Bezirksamt soll mit Eigentümer:innen von Sozialwohnungen, deren Bindungszeit in den nächsten 5 Jahren auslaufen, Gespräche für den Ankauf dieser Wohnungen durch ein landeseigenes Wohnungsunternehmen oder eine Genossenschaft vereinbaren.

- Der Abbruch von Sozialwohnungen in sozialen Erhaltungsgebieten wird abgeschlossen.

Der BVV ist bis zum 30.06.2021 zu berichten.

Begründung:

Während sich das Bezirksamt in der Vergangenheit mit der Übererfüllung der mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen vereinbarten Neubauziele gerühmt hat, gehört zur ganzen Wahrheit, dass Charlottenburg-Wilmersdorf der einzige Berliner Bezirk ist, in dem seit Wiedereinführung der öffentlichen Wohnraumförderung keine einzige Sozialwohnung fertiggestellt wurde. Für die Mieter:innen des Bezirks ist das eine schlechte Nachricht.

Nicht jeder Neubau hilft! Denn anders als es die Immobilienwirtschaft darstellt, ist der sog. „Sickereffekt“, nach dem jeder Neubau den Mietwohnungsmarkt entlastet, wissenschaftlich nicht nachgewiesen worden. Im Gegenteil: der Bau von hochpreisigen Wohnungen oder Eigentumswohnungen erhöht den Druck auf den Mietwohnungsmarkt. Ohnehin knappe Flächen werden mit unnötigen Neubauwohnungen bebaut. Das kann sich der Bezirk nicht mehr leisten.

Während knapp die Hälfte der Bewohner:innen des Bezirks Anspruch auf eine Sozialwohnung hätten, liegt der Bestand an Sozialwohnungen im Bezirk nur noch bei 7 Prozent. Es muss prioritäre Aufgabe des Bezirks sein, diesen geringen Anteil auszubauen. Dafür müssen auch die Sozialwohnungen im Bestand geschützt werden.

Wenn das Bezirksamt nicht entgegenwirkt und den Bau von Sozialwohnungen massiv fördert, wird es in Charlottenburg-Wilmersdorf langfristig für Mittelklassen und einkommensschwache Haushalte unmöglich, eine bezahlbare Neubauwohnung zu finden.

Mit viel Engagement setzt sich das Bezirksamt in der City West für den Bau von Hochhäusern ein.

Es ist nicht die prioritäre Aufgabe des Bezirks, Grundstücke von Investoren wie Signa zu vergolden, sondern die soziale Wohnraumversorgung für breite Bevölkerungsschichten des Bezirks sicherzustellen.

Hinweise, die die Verantwortung allein bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen suchen, gehen fehl, denn der Bezirk ist vornehmlich für Baugenehmigungen, die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Stadtentwicklung des Bezirks verantwortlich. Andere Bezirke wie Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, aber auch Innenstadt-Bezirke wie Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln leisten einen hohen wichtigen Beitrag für die Schaffung von Sozialwohnungen. Diese Aufgabe kann nicht allein auf einige wenige Bezirke abgeschoben werden. Auch Charlottenburg-Wilmersdorf muss hier seinen Beitrag leisten.

Die kommunale Wohnungswirtschaft und Genossenschaften sind Garanten für bezahlbaren Mietwohnungsneubau und leistbare Bestandsmieten. Im Bezirk bauen jedoch vor allem private Wohnungsunternehmen. Auch diese müssen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und die Wohnungen bauen, die im Bezirk am dringendsten benötigt werden und das sind weder hochpreisige Dachgeschosse, Luxus- oder Eigentumswohnungen, sondern preisgedämpfte Mietwohnungen und Sozialwohnungen.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Wapler/Wieland

|                 |
|-----------------|
| <b>TOP-Nr.:</b> |
|-----------------|

**Antrag****DS-Nr: 1936/5**

Beratungsfolge:

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> |
|--------------|----------------|
| BVV          |                |

**Umnutzungspotenzial zu Wohnflächen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, mit Hilfe eines Gutachtens das Umnutzungspotenzial von leerstehenden Gewerbeflächen zu Wohnflächen im Bezirk in Menge und Qualität zu ermitteln und für die identifizierten Potenziale jeweils Umsetzungsperspektiven darzulegen.

Der BVV ist bis zum 30.6.2021 zu berichten.

**Begründung**

Die Corona-Krise zeigt eine Veränderung des Arbeits- und Konsumalltags auf und verstärkt die Verödung der Zentren. Auch Charlottenburg-Wilmersdorf ist davon betroffen. Mit der Beantwortung der Großen Anfrage DS Nr. 1884/5 legt das Bezirksamt dar, dass es sich durchaus Umnutzungen von leerstehenden Gewerbeflächen zu Wohnflächen vorstellen kann.

Um Stadtentwicklung angesichts des Klimawandels Ressourcen- und flächenschonend umzusetzen, müssen bereits bestehende Gebäude effizient genutzt werden. Nicht nur Neubau kann neuen Wohnraum schaffen, auch andere Potenziale müssen gehoben werden.

Gleichzeitig gilt es, mit der Schaffung von Wohnraum in leerstehenden Gewerbeflächen von Verödung bedrohte Bereiche der Innenstadt neu zu beleben.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/ Wapler/Özbagci

|          |
|----------|
| TOP-Nr.: |
|----------|

**Antrag****DS-Nr: 1941/5**

Beratungsfolge:

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> |
|--------------|----------------|
| BVV          |                |

**Spielplätze zum Leben erwecken**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass bei der Überarbeitung der Berliner Bauordnung nicht nur die Pflicht zur Errichtung und Instandhaltung von Spielplätzen festgeschrieben wird, sondern auch die Kontrolle und Überprüfung der Spielplatzpflicht als zusätzliches Element verankert wird. Darüber hinaus ist die angemessene personelle Ausstattung der zuständigen Stellen sicherzustellen.

Der BVV ist bis zum 31.07.2021 zu berichten.

Begründung

Im stark verdichteten und versiegelten Innenstadtbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf stehen Kindern kaum ausreichend Spielplätze zur Verfügung. Im berlinweiten Ranking belegt der Bezirk den zweitletzten Platz bei der Versorgung von Kindern mit Spielplätzen, da nicht genügend öffentliche Spielplätze zur Verfügung stehen. Die Errichtung neuer öffentlicher Spielplätze ist notwendig, aber aufgrund von Flächenkonkurrenzen und dem Mangel an unbebauten Flächen nur schwer zu realisieren. Damit erfüllt der Bezirk auch die Vorgaben des Kinderspielplatzgesetzes nicht. Gleichzeitig stehen auf privaten Grundstücken viele Flächen frei und sind geeignet für die Einrichtung neuer Spielplätze oder es wurden Spielplätze vor längeren Zeiträumen errichtet, welche jedoch zerfallen und nicht mehr sicher nutzbar sind. Die Berliner Bauordnung gemäß § 8 Abs. 3 sieht hier die Eigentümer von Gebäuden in der Pflicht, Spielplätze zu errichten und instand zu setzen, damit den Kindern aus den Wohngebäuden ein Ort zum Spielen in unmittelbarer Umgebung geboten wird. Gerade vor dem Hintergrund von Kita- und Schulschließungen durch die Pandemie, sollten die Entwicklungspotentiale in diesem Bereich politisch fokussiert und ausgeschöpft werden.